

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 10.

Berlin, den 19. November 1916.

11. Jahrgang.

Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins!

Die ersten Nummern des Mitteilungsblattes des Verbandes der acht Groß-Berliner Wahlvereine sind in Eure Hände gelangt. Wenn irgendwo die Verbreitung in den Organisationen nicht so gründlich durchgeführt werden konnte, wie es notwendig und wünschenswert ist, so hängt das mit den Schwierigkeiten zusammen, die bei allen neuen Maßnahmen zu überwinden sind. Derartige Reibungen werden aber um so schneller überwunden, je mehr Genossen und Genossinnen sich in den Dienst unserer guten Sache stellen und an der Verbreitung des Mitteilungsblattes praktisch mitarbeiten. Ihr alle müßt Euch bemühen, daß jede Mithilfe an unserem Werk Parteiarbeit im besten Sinne des Wortes ist:

Kampf gegen das rücksichtslose und undemokratische Willkürregiment des Parteivorstandes und seiner Schutztruppe, Kampf für Eure treulos niedergetretenen Rechte auf Euer Parteiblatt, den „Vorwärts“, damit aber auch Kampf für die durch keine Kriegsspychose erschütterten Grundsätze der Demokratie und des Sozialismus, Kampf gegen die falschen Propheten in unseren Reihen, die zu Beginn dieser Menschheitskatastrophe blüh schnell umgelernt hatten, jetzt aber nach echter Demagogomanier von neuem umlernen, um sich das schwindende Vertrauen der Arbeiter zu sichern.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Eure Widersacher in der Parteibewegung, die Kostgänger und Trabanten des Parteivorstandes sind eifrig am Werk. Wohl vertraut mit allen Schlichen und Kniffen bürokratischer und formaljuristischer Spitzfindigkeit, die sich paart mit unehrlicher Skrupellosigkeit, fügen sie den bisherigen Gewalttaten neue Gewalttaten zu. So haben sie die bisherigen, rechtmäßigen Redakteure des „Vorwärts“ gegen den Willen der Preßkommission, des Zentralvorstandes und der Verbandsgeneralversammlung gewaltsam und unter erneutem Bruch des Parteistatutes aus ihren Ämtern ver-

drängt. Die zum Teil kritiklose, zum Teil aber raffiniert rechnende Gefolgschaft des Parteivorstandes hat sich in einem sogenannten „Lese- und Diskutierklub“, der den Namen „Vorwärts“ schmählich mißbraucht, eine feste Organisation gegeben, die die Sonderorganisationen der Teltow-Beestower Groger-Thurow-Gruppe in größeren Rahmen bringt und unter heuchlerischer Berufung auf die sozialdemokratischen Grundsätze die überwältigende Mehrheit der Berliner Parteigenossen entrechtet und bütteln helfen will.

Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins! Auf eine solche zähe, brutale und zugleich hinterlistige Minierungsarbeit könnt Ihr nur mit einem ebenso zähen, aber desto entschiedeneren Widerstande antworten. Mit großen Worten der Entrüstung allein ist es da nicht getan, ebensowenig mit Berufungen auf Moral und Recht. Ihr seht ja, wie Eure Widersacher mit den elementarsten Begriffen politischer Moral und demokratischen Rechts Schindluder spielen. Hier heißt es eine Art zähen, ausdauernden und nervenanspannenden Schützengrabenkrieg führen, bis dereinst die Friedensglocken tönen und eine freiere Luft weht, in der die letzte Abrechnung mit den Umlernern, falschen Propheten und Parteidemagogen in aller Öffentlichkeit und mit aller Gründlichkeit vorgenommen werden kann. Noch lähmt uns der Belagerungszustand in unserer politischen Betätigung, noch bindet er uns auch in unserem Parteikampfe die Hände. Aber was wir schon jetzt durchführen können, muß mit aller Macht und mit allen Mitteln durchgeführt werden, kein Fußbreit Boden darf ohne Not preisgegeben werden. Die politischen Sünden, das undemokratische und unsozialistische Verhalten des Parteivorstandes und seiner Trabanten, die diktatorischen Gewaltstreiche dieser vom Größen- und Unfehlbarkeitswahn befallenen Bürokraten, ihr frivoles Spiel mit Treu und Glauben muß immer wieder entlarvt und den weniger informierten

Die Ehrlichen.

Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern zum Bewußtsein gebracht werden.

Das alles kann aber zunächst nur in die Tat umgesetzt werden durch gewissenhafte, energische und allseitige Befolgung der Beschlüsse der Berliner Verbandsgeneralversammlung vom 29. Oktober 1916. Dann aber auch durch tatkräftige Verbreitung dieses unseres Mitteilungsblattes an alle Mitglieder unserer Organisationen.

Aber nicht allein auf diese mehr mechanische Tätigkeit darf sich unser Notwehrkampf erstrecken. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen müssen das Mitteilungsblatt und die ihnen für die Zeit des inneren Kriegszustandes empfohlenen Parteiblätter auch eifrig und aufmerksam lesen, um den Inhalt auch agitatorisch verwerten zu können. Die Genossinnen und Genossen müssen in der Lage sein, in den Betrieben, den Werkstätten, Arbeitsstuben usw. sowie im persönlich-geselligen Verkehr die Gewerkschaftsmitglieder und Frauen, die man jetzt für den „Vorwärts“ einzufangen will, auf die wahre Natur dieses jetzt zum Sprachrohr der Vorstandsdiktatoren, Gewerkschaftsdespoten und Durchhalteapostel gewordenen Blattes aufmerksam zu machen. Sie müssen den Uneingeweihten sagen können, mit welchen Mitteln der Gewalt und der Hinterlist das Blatt den Berliner Parteigenossen aus der Hand gewunden wurde und wie jetzt darin eine Redaktion waltet, die auf Sensationsmache und Gimpelsang ausgeht und auch das, was sie sachlich Wertvolles bringt, diesen edlen Zwecken dienstbar macht.

Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins! Ihr seht aus alledem, daß schon jetzt ein gut Teil Arbeit geleistet werden kann im Kampfe für Euer gutes Recht, für die Grundsätze der Demokratie und für die Zukunftsaufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung. Darum frisch, legt die Hand ans Werk,

orgt zunächst mit für eine schnelle und umfassende Verbreitung unseres Mitteilungsblattes, sorgt für Aufklärung und Sammlung der Arbeiter.

Um so tatkräftiger und geschlossener werden wir zu gegebener Zeit an größere Aufgaben herantreten können, um so eifriger werden die aus dem Felde heimgekehrten Genossen, die gewisse Gewerkschaftsgrößen mit Illusionen fördern und für eine Art sozialdemokratischer Kriegervereine einzufangen wollen, in unseren Reihen mit uns arbeiten.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung ist um einen Markstein reicher. Am Freitag, den 10. November, hat sich im Gewerkschaftshaus die Elite der Berliner Sozialdemokratie, deren Einheitscher sich selbst bezeugten, daß sie die einzig wahren, echten und untadeligen Vertreter der Partei seien, zusammengefunden und hat, „getragen von parteigenösslichem Gemeininn“, einen „Lese- und Diskutierklub“ gegründet, der sich den jetzt durch die Müllerei und Stampferei arg kompromittierten Namen „Vorwärts“ zugelegt hat. Ueber diese epochemachende Gründung hat der Müller-Vorwärts in seiner Nummer vom 12. November einen Bericht gebracht, der allerdings manche interessante Einzelheit schamhaft verschwieg. Dafür war der Bericht, den das Pressebureau in das Land senden mußte, etwas redseliger, war er doch dazu bestimmt, die Parteiblätter und die Genossen draußen im Reich einzufleischen und über Vorgänge und Stimmung der Berliner Parteibewegung „objektiv“ zu unterrichten.

Die Staatsaktion unserer Berliner Parteijesuiten weist eine ganze Reihe komischer Züge auf. So ist es recht lustig, daß ausgerechnet der treuherzige Biedermann mit dem Andreas-Hofer-Bart, Eugen Ernst, als Kindsvater bei dem neugeborenen Vereinskinde fungiert. Derselbe Eugen Ernst, der, als er noch in Amt und Würden war und das Vertrauen der Berliner Parteigenossen hatte, alle Lese- und Diskutierklubs und dergleichen kalttherzig stranguliert hat.

Aber das ganze Drum und Dran dieser Tragikomödie der Parteirettung, die in Wirklichkeit nur der krampfhafteste Versuch zu einer Rettung des heillos bloßgestellten Parteivorstandes durch die Kostgänger und Sancho Pansas eben dieser Parteivorstand ist, zeigt soviel ernste und abstoßende Seiten, daß es notwendig ist, die Parteigenossen darauf aufmerksam zu machen, damit sie den weniger informierten Arbeitern den Star stechen können über die Judasnatur dieser Parteiretter.

Eugen Ernst ist ein ehrenwerter Mann. Auch Otto Wels ist ein ehrenwerter Mann, sie alle, die am 10. November die Hand zum Rütlichschwur für Pflege „sozialdemokratischer Solidarität“ zur Saaldecke emporgerecht haben, sind ehrenwerte Männer. Ihr leidenschaftliches Gerechtigkeitsgefühl und ihr Parteigewissen verabscheut jede Sonderorganisation, der Einheit und der Geschlossenheit der Parteibewegung gilt ihres Herzens letzter Schlag. Pech und Schwefel haben sie die ganze Kriegszeit vom Himmel herabgeflucht auf alle die Bösewichter, die nach ihrer Meinung Sonderbündelei getrieben haben. Und jetzt gehen diese lieben Kerle hin und gründen selbst eine Sonderorganisation mit dem klar ausgesprochenen Zweck, der geschlossenen, von ihnen selbst mit aufgebauten Berliner Organisation in den Rücken zu fallen, dem Gesamtwillen der überwältigenden

Mehrzahl der Berliner Parteigenossen bewußt und mit Mitteln entgegenzuarbeiten, die ein Hohn auf jedes demokratische Gesetz, auf jede parteigenössische Pflicht sind. Und solche Troßknechte der Ritter vom Parteivorstande, freilich Ritter von der traurigen Gestalt, wollen sich und anderen einreden, daß sie die Auserwählten vor dem Herrn seien, einzig und allein berufen, „die Menschheit vom Joch des Kapitalismus zu befreien“ und „die Macht des Proletariats zu steigern“. Solch schöne und stolzen Worte entflohen an jenem denkwürdigen Abend dem Gehege der Zähne eines Eugen Ernst.

Man mache sich klar:

Der Parteivorstand und seine parteipolitischen Bundesgenossen befolgen seit fast 2½ Jahren ohne jede demokratische Kontrolle der Gesamtpartei eine Kriegspolitik, vor der ihnen jetzt im stillen selber graut und die sie nur mit den Mitteln und der Unterstützung des Belagerungszustandes stützen und verteidigen können. Einen Eugen Ernst kümmert das nicht. Für ihn ist das ein Kampf „für die Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Joch“.

Der Parteivorstand trampelt mit beiden Füßen auf dem Parteistatut herum, bricht Treu und Glauben, indem er die Berliner mit seinem Spießgesellen Fischer um ihr gutes Recht auf den „Vorwärts“ preßt und eine Diktatur errichtet, die um so widerlicher und empörender ist, als sie ihre Brutalität unter falscher Flagge, mit heuchlerischer Berufung auf den Sozialismus, austobt. Eugen Ernst und seine Getreuen hören und sehen von alledem nichts. Sie wollen „die Zahl der Anhänger der Partei steigern“ und mit demselben Atemzuge beschimpfen sie Tausende von Anhängern der Partei, die mindestens ebenso eifrig und ebenso lange wie sie „mit unendlichen Mühen die Berliner Parteiorganisation und den „Vorwärts“ auf eine bedeutende Höhe gebracht haben“, ja zum Teil für die Partei und den „Vorwärts“ jahrelang ins Gefängnis gegangen sind.

Die Berliner Parteiorganisationen, — die allerdings ein furchtbares Verbrechen begangen haben: sie haben Seiner Ehrbarkeit, Eugen Ernst, und dem großen Licht, Emil Böske, und mancher anderen, in dieser Kriegszeit so trübe brennenden Berliner Parteileuchte nicht mehr ihr Vertrauen schenken können und sie auf ehrlich demokratischem Wege ihrer Würden entkleidet — sind durch den Parteivorstand, der mit alles andere als proletarischen und demokratischen Mächten ein Schutz- und Trugbündnis gegen die Berliner geschlossen hat, in die Notwehr gedrängt worden. Sie mußten zur Verteidigung ihrer Rechte und um ihrer politischen Ehre willen zu Abwehrmaßnahmen greifen. Eugen Ernst aber und seine ganze Kumpanei fällt ihnen nach Buschfleppermanier in den Rücken, dieser Säulenheilige des Organisationsprinzips schlägt mit Knüppeln auf die Organisation los, weil ihre Mitglieder sich nicht von einer handvoll in der Kriegsluft machtkollerig geworde-

nen Parteibureaukraten leithammeln und hütteln lassen wollen.

So, Parteigenossen, sehen die ollen, ehrlichen Parteiretter aus, die sich jetzt als Schutztruppe und Almosenempfänger um die Fahne und die vollen Kassen des Parteivorstandes scharen. Wenn manche von ihnen noch mit den Fegen längtvergangener Parteiverdienste paradien, so sagt ihnen, daß sie jetzt in dieser furchtbarsten aller Völker- und Parteikrisen gewogen und zu leicht befunden worden sind, daß ihre Kriegssünden gen Himmel stinken und daß der gesunde proletarische Sinn der Berliner Arbeiter mit diesen Prachtexemplaren von Parteirettern, die sich der Gunst des Parteivorstandes und aller offenen und geheimen Gegner des Proletariats erfreuen, auch noch fertig werden wird.

Bojkott! — Sabotage! — Hu, hu!

In der denkwürdigen Versammlung vom 10. November tat vor den Les- und Diskutierklublern auch Herr Otto Wels gewichtig das M — undwerk auf. Otto Wels — auch eine feine Nummer! Solange es noch galt, auf der Würdeleiter der Partei emporzuklettern, brauchte er die Berliner. Da gab es keinen energischeren Verfechter der Rechte der Berliner Parteiorganisationen als den Vorstehenden der Preßkommission. Jetzt ist man zu Amt und Würden emporgeklommen, hat ein Reichstagsmandat und ist sogar als Berliner Vertreter Mitglied des heiligen Aropags, des Parteivorstandes, geworden, — daß das gegen den ausdrücklichen Willen der Berliner Parteigenossen geschah, sieht einen Otto Wels nicht weiter an. In der Kriegszeit hat sich Otto Wels mit Haut und Haaren der scheidemännlichen Kriegspolitik verschrieben. Da die „verheßten“ und „tollwütig“ gewordenen Berliner Genossen wie so viele andere draußen im Reich sich nicht mehr von Kriegs- und Siegstraden der Scheidemänner benebeln lassen wollen, muß Otto Wels schon aus Selbsterhaltungstrieb mit seinem Vorstandsbruder dafür sorgen, daß den Berliner Arbeitern die reine, unverfälschte Lehre des Sozialismus in der, von Müllers Knüppel umgerührten, schleimig-seimigen Stampfersauce serviert wird. Mit dem stinkenden Qualm seiner Pech-„Fadel“ allein schafft er's nicht. Darum ist Otto Wels auch tapfer und mit der ihn zierenden Gewissensrobustheit drauf und dran, den Berlinern ihr Recht auf den „Vorwärts“ abzuknöpfen und der nach den eini von Wels aufgestellten Grundsätzen arbeitenden Preßkommission die Kehle zuzuschneiden. Bei der Wandlungsfähigkeit eines Otto Wels ist anzunehmen, daß er, falls Wind und politische Konjunktur umgeschlagen haben, auch wieder anders kann. Aber das Gute hat diese unglückselige Kriegszeit immerhin gehabt: sie hat gezeigt, wes Geistes Kind so mancher „Führer“ in der Partei ist. Die Berliner Parteigenossen müßten ja preisgekrönte Hammel sein, wenn sie noch einmal auf die demagogischen Mähchen eines Otto Wels und anderer hineinfielen. Und draußen in der Provinz wird es auch noch einmal Licht werden; aber kein „Fadel“-Licht.

Also besagter Otto Wels hat am 10. November vor der siebenmal gesiebten Schar der Vorstandstrabanten gegen den „Boykott“ des „Vorwärts“ durch die Berliner Parteiorganisationen gewettert. Er als „ehrlicher Sozialdemokrat“ — so stellte er sich selbst der andächtig lauschenden Festversammlung vor — zog alle Register auf, um vor allen den unschuldigen Gewerkschaftskindlein, auf deren Fang es jetzt die Macher und Schieber der Vorstandspolitik abgesehen haben, das Gruseln zu lernen. „Boykott!“ — „Sabotage!“ — „anarchosozialistische und syndikalistische Tendenzen!“ — so rollte es mit Donnergepolter aus dem M — und eines Otto Wels. Die gleiche Peier war übrigens schon aus der Novembernummer der von Eugen Ernst in die Welt gesetzten „Groß-Berliner Mitteilungen“, für die Emil Böcke als verantwortlicher Redakteur seinen Namen hergibt, — viel mehr kann dieser Geistesheld ja auch nicht hergeben — zu hören.

Doch wie ist denn die Geschichte in Wirklichkeit? — Zunächst hat die Berliner Verbandsgeneralversammlung nicht beschlossen, den „Vorwärts“ zu „boykottieren“. Ausgehend von dem durchaus richtigen und demokratischen Grundsatz, der auch einst — lang, lang ist's her — von einem Otto Wels und Eugen Ernst vertreten wurde, daß die Berliner Genossen ein Blatt verlangen können, das den Anschauungen entspricht, lehnen die rechtmäßigen Vertretungen das ihnen mit List und Gewalt aufgezwungene Blatt Müllerscher und Stampferscher Observanz ab. Sie verlangen, daß ihnen für ihr Geld die Zeitungsware in der Verfassung geliefert wird, die sie bei Eingehung des Abonnements verlangt und vorausgesetzt haben. Da die Ware nicht den vereinbarten und lange Zeit innegehaltenen Bedingungen entspricht, wird die Zahlung solange verweigert, bis die Ware wieder den gestellten Anforderungen entspricht.

Aber selbst wenn man nicht um Worte streiten will, sollten Otto Wels und seine Mitkämpen doch mit Worten wie „Boykott“ und „Sabotage“ recht vorsichtig umgehen.

Stellen wir einmal den Grundsatz auf: Der Boykott eines Parteiblattes ist ein schweres Parteiverbrechen. Gilt dann dieser Grundsatz nicht für alle Parteigenossen in gleichem Maße, Herr Otto Wels? Man kann doch nicht auf der einen Seite die gleiche Tat in Grund und Boden hinein verdammen, wenn man sie auf der anderen Seite billigt, gutheißt und sogar selbst ausführt.

Wenn also der Notwehrkampf der Berliner Parteiorganisationen Boykott, Sabotage, Anarchosozialismus und Syndikalismus ist, dann war das Parteimitglied und der Dalai Lama, das geheiligte Oberhaupt der Gewerkschaftsbonzen, Karl Legien, der erste und größte Syndikalist und Anarchosozialist, der unverfälschte Sabotage getrieben hat. Denn dieser hervorragende Zeitgenosse hat zuerst entschieden und mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit den „Vorwärts“ boykottiert, indem er den „Vorwärts“ vor aller Dessenlichkeit als „generisches Blatt“ bezeichnete und dessen Abbestellung aller Welt laut kund und zu wissen gab. Vest nur Legiens Brief in der betreffenden „Vorwärts“-

Nummer nach, ihr „ehrlichen Sozialdemokraten“ Otto Wels, Eugen Ernst e tutti quanti!

Dann waren die Hunderte von Gewerkschaftsführern und Gewerkschaftsbureaufkraten, Syndikalisten und Anarchosozialisten und trieben wüste Sabotage, indem sie den „Vorwärts“ nackt und unversehrt boykottierten. Viele dieser patentierten Arbeiterführer haben sich ihrer Sabotage, getreu dem leuchtenden Vorbild ihres Herrn und Meisters Legien laut gerühmt, so zum Beispiel die Gewerkschaftsleuchte Kloth, die unter dem Zwange der Kriegspolizei das Wasser, oder richtiger die Tinte nicht halten konnte und drauflos schmierte, „wie man Stiefel schmiert“.

Ganz hanebüchene Syndikalisten und Anarchosozialisten waren aber auch die Groger-Thurrow-Pagels-Dreieinigkeit und deren glaubensstarken Jünger. Es sind das dieselben Leutchen, die mit der Gründung von Sonderorganisationen in Teltow-Beeskow alles in Schatten gestellt haben, was von der Opposition unter dem Druck des Belagerungszustandes und der Parteidespotie als Notbehelf getan worden ist. Die Groger, Thurrow usw. haben nicht allein für ihre Person Sabotage gegen den „Vorwärts“ getrieben, indem sie ihn abbestellten, sie haben sogar laut und vor aller Dessenlichkeit zum Boykott des „Vorwärts“ aufgefordert, in zwar nur für Ausgewählte und Stubenreine veranstalteten „Friedensversammlung“, in der sich Eduard David als freiwilliger Kommiss der deutschen Diplomatie produzierte. Die nicht wegzuleugnende Tatsache dieser Sabotage und dieses Boykotts kann im „Vorwärts“ und in der bürgerlichen Presse nachgelesen werden.

Haben Sie immer noch den Mut, über den „Boykott“ und die „Sabotage“ der Berliner Genossen zu zetern und zu donnern, Herr Eugen Ernst, Herr Otto Wels, Herr Groger und die Herren von der Gewerkschaftsfakultät?

Ja, Sie haben ihn. Denn Ihr politisches und Ihr Parteigewissen ist von einer doppelten Rhinoceroshaut umpanzert. Wer sich mit Leib und Seele einer Machtpolitik alter Art verschrieben hat, hat für Forderungen des Rechts und der politischen Moral kein Gefühl und Verständnis mehr.

Dafür ist es Eure Pflicht, Berliner Parteigenossen, diese Parteiretter, diese Wölfe in Schafsfleibern zu entlarven und den Berliner Arbeitern in ihrer wahren Gestalt zu zeigen. Vor allem aber die wenig informierten Gewerkschaftsmitglieder darüber aufzuklären, wo die wahren „Saboteure“, die echten „Anarchosozialisten und Syndikalisten“ sitzen. Zeigt ihnen, wie es um die Helden bestellt ist, die den Euch geraubten und durch Müller und Stampfer schimpflichten „Vorwärts“ jetzt auf den berühmten roten Wischen als „einziges Arbeiterblatt Berlins“ und als „offizielles Organ der Gewerkschaften“ empfehlen.

* * *

Und noch eine kleine ulkige Geschichte zum Schluß. Es ist bekannt, daß Eugen Ernst im Inseratenteile des Müller-Vorwärts eine Protestaktion der „Massen“ gegen die Beschlüsse der Berliner Verbandsgeneralversammlung inszeniert hat. Unter diesen „Massen“ befinden sich Leute, die überhaupt nicht mehr Partei-

mitglieder und eifrige Leser der „Morgenpost“ und der „Volkzeitung“ waren, die aber einmal ihren Namen gedruckt sehen wollten. In der Aufforderung zu dieser Protestaktion, für die übrigens der Verlag, der jetzt aus dem Vollen wirtschaften kann, während er die jetzt hinausgedrängte, rechtmäßige Redaktion mit seiner Knauerei drangsalierte, die Kosten trägt, hieß es ursprünglich: „Wir werden im Gegenteil nach wie vor für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ unsere ganze Kraft einsetzen.“ Als aber auch die Saboteure Groger, Thurow, Klotz usw. ihren wertigen Namen unter dies männliche Bekenntnis setzten, muß auch einem Eugen Ernst die Erkenntnis aufgedämmert sein, wie lächerlich und läppisch eine solche Redensart sei. In den späteren Veröffentlichungen hat man dann das „nach wie vor“ weggelassen, dafür gab man die feierliche Versicherung, daß man „für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ seine ganze Kraft einsetzen“ wolle.

Doch lassen wir die edle Kumpanei bei ihrem lobesamen Tun!

Friedrich Adler.

Am 21. Oktober ist der österreichische Ministerpräsident von dem Sozialdemokraten Friedrich Adler erschossen worden. Vierundzwanzig Monate zuvor war ein Sozialdemokrat, der edelsten und besten einer — Jean Jaurès, der Revolverkugel eines nationalisierten Attentäters zum Opfer gefallen. Einzelgänger und doch im Zusammenhang stehend mit dem furchtbaren Massenringen, das jetzt im dritten Jahre die männliche Blüte Europas millionenfach dahintrafft, Einzelgänger, die nur im Zusammenhang mit den Erscheinungen der großen Völkertragödie verständlich sind. Viel könnte darüber gesagt und geschrieben werden, wenn das freie Wort in dieser Zeit nicht auf Schritt und Tritt auf Stacheldrahtzäune stieße. Hier wie in vielen anderen Fällen ist abwartendes Schweigen oder taktvolle Zurückhaltung am Platz. Wie schlecht es aber mit dem Tatgefühl der höheren Kulturmenschen und mit dem proletarischen Stolz bei den zurzeit am Ruder sitzenden Sozialpatrioten bestellt ist, dafür lieferte der jetzige Parteivorstands-Vorwärts gerade beim Attentat Friedrich Adlers ein abstoßendes Beispiel. Würdelozer hat kein bürgerliches Blatt die Tragödie von Wien behandelt als das Müller-Papier, das an seinem Kopfe den Namen „Vorwärts“ trägt. Der unersäthliche Wiener Kaffeehausjournalismus, der den Vorstandsdеспотен als die höchste Blüte vornehmer Journalistik erscheint, konnte in der Person eines Stampfer, eines Richard Bernstein, seiner heulmeiernden Sentimentalität, seiner würdelosen Anbiederung und seiner sozialdemokratisch maskierten Gefinnungslosigkeit die Bügel schieben lassen. „Tut uns nur nichts; wir sind ja so brave Buben!“ — auf diesen Grundton war das ganze Geseire über Adlers Tat im Müller-Vorwärts gestimmt. Kein Wunder, daß vielen Berliner Parteigenossen ob dieser widerlich wehleidigen Litanei die Zornesröte ins Gesicht gestiegen ist.

Veruche, die Wiener Tragödie den Lesern des „Vorwärts“ in einer anderen als der Stampfer-Kampfer-Beleuchtung zu zeigen, scheiterten an der „Loyalität“ des „Chefredakteurs“ von Oberkommandos und Vorstands Gnaden Müller. Wir wollen daher wenigstens die Berliner Parteigenossen bekannt machen mit der Würdigung, die Genosse Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“ Friedrich Adler und seiner Tat zuteil werden ließ.

Genosse Kautsky schreibt u. a.:

Mit politischen Attentaten wurde der Weltkrieg eingeleitet. Der Tötung des österreichischen Erzherzogs folgte die des französischen Sozialisten. Nun

erleben wir die Tötung eines österreichischen Ministers durch einen Sozialisten.

Abnorme, verzweifelte Zeiten lassen abnorme, verzweifelte Anschläge reifen, trotzdem empfindet alle Welt die Tat unseres Genossen Frits Adler als eine rätselhafte, als eine rätselhafte gerade deshalb, weil sie von einem Sozialdemokraten ausging und nicht wie die beiden, die an der Schwelle des Weltkrieges standen, von Nationalisten. Die Sozialdemokratie hat stets den Kampf gegen die anarchistische Propaganda der Tat geführt; und wenn sie die aus der Abwehr des russischen Gewaltregimes hervorgegangene terroristische Taktik der russischen Sozialrevolutionäre ethisch ganz anders einschätzte als die anarchistischen Attentate des westlichen Europa, so gelangte unsere Partei doch zur Einsicht, daß diese Taktik ihr Ziel verfehlte, daß sie die Tendenz hatte, gerade die energichsten Verfechter der Freiheit von dem einzigen Weg abzulenken, der historische Resultate zu liefern vermochte, der Aufklärung, Organisation, Aufrüttelung der Massen.

Und Frits Adler ist nicht ein unreifer Rekrut, auch nicht ein leerer Phantast, ein bloßer Gefühlsdusler, wie ihn uns das Faktotum des neuen „Vorwärts“ schildert, das mit Bezug auf Adler sagt:

„Wo nichts als Gefühlsregung, nichts als Impuls ist ohne klare Zwecksetzung, ohne das Wägen, das dem Wagen vorausgeht, da entwickelt sich der Boden für eine Illusionspolitik, die sich in leeren Klagen erschöpft und in nackter Verzweiflung endet.“

Und ebenfalls mit Bezug auf Frits Adler belehrt uns dieselbe Quelle, Politik sei „mehr als bloßer Gefühlsausbruch, sie ist angestrengte Denkarbeit“.

Gewiß spielt bei Frits Adler das Gefühl eine große Rolle. Nichts weniger als fatter Geschäftspolitiker oder berechnender Streber, ist er von leidenschaftlichster Menschenliebe durchglüht, von dem selbstlosen Drang, seine Persönlichkeit seiner Sache zu opfern. Aber es ist völlig irrig, „nichts als Gefühlsregung, nichts als Impuls“, „bloßen Gefühlsausbruch“ ohne „angestrengte Denkarbeit“ bei ihm zu sehen. Der Enthusiasmus für hohe Ideale mischte sich bei ihm von frühester Jugend an mit einem unerfättlichen Durst nach Wahrheit und mit einer hervorragenden Fähigkeit, nach ihr zu forschen, die schwersten Probleme zu bemeistern. Ein bedeutender Physiker und Philosoph, ist er auch in der Deonomie, in der Parteigeschichte, in den Verhältnissen des eigenen Staates wie denen des Auslandes aufs Beste bewandert, und er ist dabei kein bloßer Theoretiker geblieben, sondern hat sich als Parteisekretär unserer österreichischen Bruderpartei auch mit der Praxis der Parteipolitik vollständig vertraut gemacht.

An „angestrengter Denkarbeit“ und „klarer Zwecksetzung“ in Parteidingen ließ er es sicher weit weniger fehlen, als die meisten seiner heutigen Kritiker. ...

Aber erscheint angesichts dieser glänzenden Eigenschaften eines Denkers und Politikers die Tat nicht erst recht unbegreiflich?

Sie erscheint es in so hohem Maße, daß alle Welt annimmt, nur eine geistige Störung könne Frits Adler zu der Tat veranlaßt haben.

Beging Frits Adler seine Tat in einem Zustand von Sinnesverwirrung, so können wir uns bei dieser Erklärung nicht beruhigen, sondern müssen nach den tieferen Ursachen fragen, die zur Ummachtung dieses Geistes führten. Ist der Weltkrieg so arm an furchtbaren Vorkommnissen, die auch ein kraftvolles Gehirn aus dem Gleichgewicht bringen können, wenn es mit starkem Empfinden für die Leiden anderer begabt ist? ...

Den Geisteszustand des Täters zu erforschen, ist Sache des Psychiaters. Die Aufgabe der Marxisten ist es, zuerst die Verhältnisse zu untersuchen, unter denen sich die Tat vollzog.

Die Grundlage, auf der das ganze Gebäude des marxistischen Sozialismus ruht, ist das Vertrauen zum Proletariat. Nur die Massenbewegung des

Proletariats bringt uns dem Sozialismus näher — wobei jede Art von Massenbewegung in Betracht kommt, die Massenbewegung des Wahlkampfes ebenso wie unter Umständen der Massenstreik. Wird das Vertrauen zum Proletariat erschüttert, dann kommt der ganze Bau ins Wanken und bricht leicht beim geringsten Anstoß zusammen.

Ein Sozialist, der das Vertrauen zum Proletariat verloren hat, kann, wenn er weiterhin Sozialist bleiben will, nicht mehr Marxist sein, nicht mehr auf die materialistische Geschichtsauffassung bauen. Und wiederum, wer von ihrer Richtigkeit überzeugt bleibt und das Vertrauen zum Proletariat verliert, wird gedrängt, sich vom demokratischen Sozialismus abzuwenden.

Marx besaß die Kraft, in solchen Zeiten des Niedergangs auf jeden Versuch zu verzichten, durch gewalttätige Stimulantien die Arbeitermassen zu erwecken und zu sich herüberziehen zu wollen. Er besaß die Kraft, zu warten, nicht in untätigem Zusehen, sondern im Rüsten zu neuen Kämpfen. In der Zeit des völligen Aufhörens der Massenbewegung entstand das „Kapital“.....

Da sind vor allem die Erfolgspolitiker, die sofortige Resultate sehen wollen. Sie können nicht warten. Enttäuscht sie das Proletariat, dann suchen sie eine andere Macht, die sie vorwärts bringt. So haben gar manche unserer radikalsten Marxisten, als das Proletariat sie in diesem Kriege enttäuschte, ihre Zuflucht bei der staatlichen Bürokratie gesucht. Sie werden Staatssozialisten, verhöhnern die alten „Illusionen“ des Vertrauens zum Proletariat und reden diesem zu, sich nur auf guten Fuß mit der Staatsgewalt zu stellen, dann sei es gut aufgehoben.

Doch unter denen, die nicht warten können, finden wir nicht bloß Erfolgs- und Augenblickspolitiker, und es gibt Situationen, in denen ein ruhiges Rüsten für die Zukunft ausgeschlossen ist. Marx zog sich ins Britische Museum in einer Zeit allgemeiner Kirchhofruhe zurück, aber die geringste Regung politischen Lebens fand ihn sofort bereit, sie zu verfolgen und, soweit es in seiner Macht stand, in sie einzugreifen. In einer so wildbewegten Zeit wie dem jetzigen Krieg, in der das Schicksal der Welt für Generationen hinaus entschieden wird, in der tagtäglich an jeden die größten Anforderungen des Kampfes und Leidens gestellt werden — da ruhig sich in die Studierstube zurückzuziehen, ist fast unmöglich für einen tatkräftigen Mann von starkem altruistischen Empfinden. Er muß zu wirken suchen, und wäre es nur propagandistisch. Findet er dabei kein Echo in den Massen, stößt er bei ihnen auf Apathie oder Verständnislosigkeit, wird ihm jeden Tag immer deutlicher zum Bewußtsein gebracht, wie ohnmächtig er ist, die Proletarier auch nur zum Nachdenken zu bringen, dann faßt ihn leicht wilde Verzweiflung, die ihn vom strengen Marxismus abführt, aber nicht in der Richtung des Staatssozialismus wie die Erfolgspolitiker.

Fris Adler ist ein viel zu fester Charakter, als daß er hätte eine Drehscheibenpolitik treiben und seine Grundsätze über Nacht aufgeben können, er besitzt aber auch einen viel zu weiten Horizont, um nicht zu erkennen, daß das Vertrauen zur Bürokratie, das unsere illusionsfreien Realpolitiker predigen, die höchste unter allen möglichen Illusionen ist.

Dabei schwand ihm aber unauffhaltsam das Vertrauen zum Proletariat. Nicht das Vertrauen zum internationalen Proletariat, sondern nur das zu dem Oesterreichs. Er gab zwar auch das nicht für alle Zeit auf, wohl aber für die Gegenwart.

Sein letzter Artikel, den er im „Kampf“ vom Oktober veröffentlichte, über „die Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands“ ist bemerkenswert vor allem durch sein erschütterndes Geständnis, wie sehr ihm alles Vertrauen zu seiner Partei geschwunden sei. Er verglich dort die österreichischen mit den deutschen Parteitag und fand, jenen habe stets der innige Zusammenhang mit der Masse gefehlt.

Das ist ein Notgeschrei, in dem ein gequältes Herz sich Luft macht, das von tiefster Verzweiflung erfaßt ist über das Glend der Partei, die Abtötung ihres geistigen Lebens, das Verlagen der Organisation: hier haben wir den Schlüssel zur Gemütsstimmung Fris Adlers zu suchen.

Wir sehen in ihm einen Sozialisten, der am Proletariat verzweifelt, sich ihm gegenüber völlig ohnmächtig fühlt, zugleich den Ausweg zum Staatssozialismus mit Verachtung von sich weist und doch von dem unstillbaren Drang erfaßt ist, sich für seine Sache zu betätigen, und sei es unter Opferung der eigenen Person: sobald ein Sozialist in diese Stimmung gerät, entwickelt sich in ihm die Disposition, sein marxistisches Denken im Sinne des Denkens der russischen Sozialrevolutionäre zu modifizieren. Was dann den Anstoß bot, daß dieses Denken bestimmtere Formen annahm, sich schließlich plötzlich in den Gedanken zu einer Tat und noch dazu dieser besonderen Tat verdichtete, das allerdings ist bis heute ein Rätsel für uns. Die tiefste Wurzel seiner Verzweiflungszustand aber sehen wir in dem Zusammenbruch seines Glaubens an die Partei.

Attentate sind fast stets Produkte der Schwäche oder des Stillstandes der Massenbewegung. Die individuelle Tat gedeiht nur dort, wo die Masse fehlt oder nicht in Bewegung zu bringen ist. Die terroristischen Akte waren in Rußland unausrotbar, solange es dort keine Massenbewegung gab. Deren Aufkommen ließ sie spurlos verschwinden. So bezeugen auch heute die nationalitistischen Attentate im britischen Indien, daß die nationale Bewegung dort noch nicht die Massen ergriffen hat.

Aber eben darum, weil solche Akte dem Stillstand oder der Apathie der Massen entspringen, zeitigen sie keine Resultate zu ihren Gunsten. Großer Gewinn für die Gesamtheit muß Fris Adlers verzweifeltem Gemüt als lockende Jata Morgana vorgeschwebt haben, die ihn urpöblich verwirrte und zu diesem entsetzlichen Menschenopfer fortriß, zur Opferung nicht allein der Person des Ministers und seiner eigenen, sondern auch des Lebensglücks von Weib und Kind, von Vater und Mutter, der ihm teuersten Wesen. Daß er hier furchtbar geirrt hat, daß seine grauenhafte Tat seiner Sache nicht den mindesten Nutzen bringen kann, mag ihm selbst verborgen bleiben, bildet aber wohl das tragischste Moment in der furchtbaren Tragödie, in deren Mittelpunkt er steht.

Den tiefsten Schmerz, das wärmste Mitgefühl, aber keine Bewegung der Massen löst Fris Adlers unselbige Tat aus. Doch wird sie hoffentlich auch nicht in gegenteiligem Sinne wirken, wird sie nicht der Verzweiflung an der Masse neue Nahrung geben. Dazu liegt kein Grund vor.

Vom Kriegsschauplatz Lindenstraße 3.

Der Parteivorstand und sein getreuer Schildknappe Richard Fischer gehen unbeirrt und konsequent die einmal beschrittene Bahn der Gewaltpolitik weiter. Vor keiner Gewalttat schrecken sie zurück, und sie gehen, wenn es sein muß, über Leichen. In der Nummer vom 10. November veröffentlicht der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift: „Eine notwendige Folge der Hehe gegen den Vorwärts“ folgenden Ukas:

„In Groß-Berlin werden die Parteigenossen seit Beginn des Monats dazu zu bestimmen versucht, daß sie den „Vorwärts“ zwar halten, aber die Bezahlung des Abonnements solange verweigern sollen, bis der „Vorwärts“ wieder aufgehört hat, seine Aufgabe als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu erfüllen.

Diese Propaganda gegen den „Vorwärts“ läuft im Grunde genommen auf eine Verleitung zu

betrügerischen Handlungen hinaus. In der richtigen Annahme, daß mit der unehrlichen Parole: „Haltet den „Vorwärts“, bezahlt ihn aber nicht“, unter gefitteten Menschen keine Erfolge zu erzielen sind, gingen die Hintermänner der gegen den „Vorwärts“ gerichteten Heße vom verkappten zum unmittelsbaren Boykott über, indem sie Propaganda für das Abonnement der „Leipziger Volkszeitung“ machten. (In den Kreisen der äußersten Linken der Opposition wird diese allerdings auch noch nicht als genügender „Vorwärts“-Erfas angesehen, und deshalb für den „Braunschweiger Volksfreund“ Propaganda gemacht.)

Wenn dieser sinnlose Boykott auch nicht den beabsichtigten Zweck erreicht hat, so läuft er doch auf eine Schädigung des „Vorwärts“-Verlags und des einzigen Arbeiterblattes in Berlin hinaus. Unter denen, die systematisch für die Nichtbezahlung des „Vorwärts“ und für seine Boykottierung wirken, befanden sich auch die „Vorwärts“-Redakteure Leid, Stadthagen und Ströbel.

Angeichts dieser Tatsache ist es selbstverständlich, daß der Verlag auf die weitere Mitarbeit dieser drei Genossen in der Redaktion des „Vorwärts“, den sie ja zugrunde richten wollen, verzichtet. Das Gehalt wird den drei bisherigen Redakteuren, wenn gleich sie keinerlei Anspruch darauf haben, vom Verlag bis zum Ende des Monats März 1917 bezahlt werden.

Unsere Leser werden verstehen, daß der Verlag in der gegebenen Situation nicht anders handeln konnte.

Verlag und Redaktion werden es sich im übrigen angelegen sein lassen, den Inhalt des „Vorwärts“ durch Heranziehung sachmännischer Mitarbeiter aus allen Gebieten ständig noch weiter zu verbessern, damit der „Vorwärts“ als Vertreter proletarischer Interessen den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern immer mehr zu einem unentbehrlichen Ratgeber in allen Fragen des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens wird.

Der Verlag des „Vorwärts“.

Den drei genannten Redakteuren Leid, Stadthagen und Ströbel ging sofort folgender Schreibebrief zu:

Berlin, den 9. 11. 1916.

Herrn
Name, Redaktion des „Vorwärts“,
Berlin.

Als gesetzlicher Vertreter des Verlages des „Vorwärts“, der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. teile ich Ihnen folgendes mit:

Sie haben zu der Aktion, die die Nichtbezahlung des Abonnements für den „Vorwärts“ herbeizuführen strebt, aufgefördert und damit die Interessen des Unternehmens schwer geschädigt. Deshalb erkläre ich gemäß des § 626 des BGB. das Vertragsverhältnis mit Ihnen hiermit von heute an für gelöst. Ich ersuche Sie, Ihre Tätigkeit für den „Vorwärts“ von heute ab einzustellen und die Räume des „Vorwärts“ nicht mehr zu betreten. Ich stelle Ihnen anheim, die Ihnen etwa gehörigen Gegenstände sich herauszusuchen und entweder selbst mitzunehmen oder dieselben mir so zu bezeichnen, daß ich in der Lage bin, sie Ihnen zuzustellen. Die vorgedachte Firma wird Ihnen, ohne eine Verpflichtung zur Zahlung anzuerkennen, Ihr Gehalt bis zum 31. März 1917 in der bisher üblich gewesenen Weise zahlen und Ihnen die einzelnen Beträge durch die Post senden. Die Zahlung erfolgt, ohne daß daraus irgendeine rechtliche Verpflichtung der Firma hergeleitet werden kann.

Hochachtungsvoll

vpa. Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.
Rich. Fischer.

Bei der Eile, mit welcher der Hinauswurf der drei Redakteure erfolgte, passierte es, daß ein Redakteur, dem am Abend des 9. November das Entlassungsschreiben nicht mehr zugestellt werden konnte, seine Entlassung zuerst am Freitag früh aus dem „Vorwärts“ ersah. Selbstverständlich ist die Entlassung zu Unrecht erfolgt, da der Verlag des „Vorwärts“ gar nicht zur Entlassung berechtigt ist. Die Mitglieder der Redaktion sind nach einem vom Parteivorstand und Pressekommission gemeinsam gefaßten Beschluß angestellt und können auch nur durch einen von beiden Körperchaften gefaßten Beschluß entlassen werden. Ein solcher Beschluß liegt aber nicht vor. Aus diesem Grunde teilten die drei Redakteure Herrn Richard Fischer mit, daß er kein Recht zur Entlassung besitze und letztere deshalb ungültig sei.

Gegen die im „Vorwärts“ veröffentlichte Anpöbelung der drei Redakteure durch den Verlag verlangten die Hinausgeworfenen die Aufnahme folgender Erwiderung im „Vorwärts“:

„Wir ersuchen hiermit um Aufnahme nachstehender Berichtigung: Der Verlag des „Vorwärts“ hat unter der Ueberschrift „Eine notwendige Folge der Heße gegen den „Vorwärts“ in Nummer 310 vom 11. November 1916 unwahre Behauptungen über die unterzeichneten Redakteure aufgestellt. Der „Vorwärts“ ist nicht Eigentum des Verlegers, sondern der Verlag ist ausdrücklich nur als Treuhänder der Berliner Parteigenossen gegründet. Die Anstellung und Entlassung von Redakteuren ist ihm niemals übertragen worden und niemals durch ihn erfolgt. Auch die Unterzeichneten sind lediglich vom Parteivorstand und der Pressekommission angestellt worden. Die Anregung zur Uebertragung unserer jetzigen Stellung ging von Bebel und Singer aus. Das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestimmt:

„Die Pressekommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition.“

Diese beiden Instanzen haben allein das Recht, uns zu kündigen oder zu entlassen. Sie haben das nicht getan. Die Pressekommission hat uns vielmehr einstimmig aufgefordert, trotz der gegen unsere Tätigkeit als Redakteure und das Eigentum der Berliner Genossen rechtswidrig vorgenommenen Schritte auf unserem Posten auszuhalten. Einen gleichen Beschluß hat die Generalversammlung Groß-Berlins gefaßt und ferner beschlossen:

„Die Berliner Parteigenossen zu verpflichten, die Zahlung des „Vorwärts“-Abonnements so lange einzustellen, bis der Parteivorstand sein statutenwidriges Verhalten aufgegeben hat und die Groß-Berliner Organisationen wieder zu ihrem Recht auf den „Vorwärts“ gekommen sind.“

Dieser Beschluß ist für sämtliche Parteigenossen bindend und bis zur Entscheidung durch die Gerichte von der Generalversammlung als das einzige Mittel angesehen, um der Zerstörung des Berliner „Vorwärts“-Unternehmens entgegenzutreten.

Unwahr ist, daß diese Propaganda auf eine Verteilung zu betrügerischen Handlungen hinausläuft. Niemand ist getäuscht worden, vielmehr ist in aller Öffentlichkeit das Vorhaben der Berliner Genossen beschlossen und angekündigt worden. Niemand von den am Beschlusse Beteiligten hat für sich oder einen anderen einen Vermögensvorteil erstrebt, sondern nur den Zweck verfolgt, die Rechte der Berliner Genossen zu wahren und insbesondere den „Vorwärts“ mit dem Charakter zu erhalten, auf den sie von Rechts wegen einen Anspruch haben.

Unwahr ist die Behauptung, daß die Parteigenossen zur Verweigerung des Abonnementsgeldes bestimmt werden, „bis der „Vorwärts“ wieder aufgehört hat, seine Aufgabe als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei zu erfüllen“. Diese Aufgabe hat der „Vorwärts“, solange wir Redakteure im „Vorwärts“ sind — 15 und mehr Jahre — stets erfüllt. In Ausübung dieser Pflicht haben wir auch ohne weiteres offizielle Bekanntmachungen des Parteivorstandes aufgenommen, von denen eine zum Verbot des „Vorwärts“, eine andere zur Verhängung der Präventivzensur über denselben und andere zu Zensurrügen führten.

Wahr ist, daß wir nicht rechtmäßig entlassen sind. Nur Genosse Fischer hat uns am Abend des 9. November einen Brief zugesandt, in dem er „unser Vertragsverhältnis für gelöst erklärt“. Dazu steht ihm ein Recht nicht zu. Unser Vertragsverhältnis besteht nach wie vor zu Recht.

Berlin, den 10. November 1916.

Karl Leid, Artur Stadthagen,
Heinrich Ströbel."

Die vorstehende Erklärung, die nur eine Abwehr gegen die im „Vorwärts“ erfolgten Angriffe darstellte, wurde nicht veröffentlicht, nur mit einigen Zeilen wurde Notiz von dem Eingang derselben genommen. Anständiger waren einige bürgerliche Blätter, die gleichfalls die Angriffe abgedruckt hatten, sich aber auch bereit fanden, die Antwort teils wörtlich, teils inhaltlich wiederzugeben.

Als Genosse Däumig, der nach zweijähriger, aufopfernder Tätigkeit einen kurzen Urlaub genommen hatte, von dem Hinauswurf seiner drei Vorwärtskollegen durch die Veröffentlichung im „Vorwärts“ erfuhr, richtete er sofort folgendes Schreiben an den Parteivorstand und den Geschäftsführer des „Vorwärts“:

„Berlin, den 10. November 1916.

An den

Partei Vorstand und den Geschäftsführer
des „Vorwärts“ Richard Fischer.

Ausgehend von den Tatsachen, daß

1. das Verhalten des Parteivorstandes und des Geschäftsführers Fischer bei all den Vorgängen, die zur Aufhebung des vierten Vorwärtsverbotes führten, zweideutig und unehrlich war, daß

2. der Parteivorstand im Gegensatz zu seiner heuchlerischen Behauptung, er führe mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen Zensur und Belagerungszustand, dankbar die ausgestreckte Hand der Militärzensur ergriff und dieser mehr gab, als sie selbst verlangte, daß

3. der Parteivorstand, um seine immer brüchiger und widerspruchsvoller werdende, unsozialistische Kriegspolitik zu stützen und seine bürokratische Macht aufrechtzuerhalten, sich skrupellos über die klaren Bestimmungen des Parteistatuts hinwegsetzt, die zweite Aufsichtsinanz des „Vorwärts“, die Preßkommission, ausgeschaltet und ein selbstherrliches Willkürregiment eingeführt hat, daß

4. dies alles geschieht unter Verachtung aller Parteigrundsätze und Parteitraditionen, indem Treu und Glauben gebrochen und die Berliner Parteiorganisationen um ihre Rechte auf den „Vorwärts“ betrogen werden, daß

5. das Auftreten des Parteivorstandsmitgliedes Hermann Müller, des „Chefredakteurs“ von Oberkommandos Gnaden und Sachwalters der Vorstandsdictatur im „Vorwärts“ allen Begriffen von journalistischem Anstand und journalistischer Berufsethik sowie allen bisher in der Partei geltenden Grundsätzen über redaktionelle Meinungsfreiheit ins Gesicht schlägt,

teile ich hierdurch mit, daß ich die Beschlüsse der Berliner Verbandsgeneralversammlung vom 29. Oktober 1916 als durchaus berechtigte und notwendige Abwehrmaßnahmen halte, nicht allein als Akte der Notwehr, sondern auch um der politischen Ehre der Sozialdemokratie willen, wenn es in Zukunft mit reinem Schild den Kampf gegen Kapital, Klassenstaat und neue Kriegsgeschlechte durchsetzen will.

Aus diesen Gründen bin ich wie meine Kollegen Ströbel, Leid und Stadthagen mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift für die Durchführung der Beschlüsse der Berliner Verbandsgeneralversammlung eingetreten und werde das auch weiterhin tun. Der Vorwurf der „Geschäftsschädigung“ fällt dabei auf die zurück, die unter Paktieren mit der Militärzensur, unter Bruch des Parteistatuts und unter größlicher Verletzung von Treu und Glauben, solche Maßnahmen provoziert haben.

Von der „Loyalität“ eines Hermann Müller — der derzeitige Parteivorsitzende Ebert brachte es fertig, in der Preßkommissionsitzung vom 17. Oktober von einer solchen „Loyalität“ zu reden — erwarte ich nicht, daß diese meine und meiner Kollegen Argumente den Lesern des „Vorwärts“ unterbreiten werden. Sie müssen daher auf anderem Wege immer und immer wieder der Parteiöffentlichkeit bekannt gegeben werden. Im übrigen sehe ich weiteren Neußerungen Ihrer Gewaltpolitik mit Ruhe und gutem Gewissen entgegen.

Ernst Däumig,

Redakteur des „Vorwärts“.

Die Antwort auf diese prächtige Solidaritätserklärung ließ nicht lange auf sich warten. Vom 11. November datiert, erhielt Genosse Däumig am Sonntag, den 12. November gleichfalls den „blauen Brief“, der sich inhaltlich deckt mit dem den Genossen Leid, Stadthagen und Ströbel zugegangenen Schreiben mit der Abweichung, daß es einleitend heißt:

„Mit Rücksicht auf den Inhalt Ihres Briefes vom 10. 11. d. J., insbesondere auf Ihre darin enthaltene Erklärung, daß Sie ebenso wie Ihre Kollegen Ströbel, Leid und Stadthagen mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift für die Schädigung des „Vorwärts“ eingetreten sind und in Zukunft eintreten werden, sind Sie mit dem heutigen Tage Ihrer Stellung entzogen.“

Von einer Schädigung des „Vorwärts“ wagen die Veranlasser dieses Schreibens zu fassen, deren ganze Tätigkeit nichts anderes war, als eine frivole Zerstörung des Berliner Parteiblattes. Auch Genosse Däumig hat in einem Schreiben an den Verlag die Rechtsgültigkeit der Entlassung bestritten.

Die beiden Redakteure John und Philipp haben darauffin folgenden Brief an den Parteivorstand gerichtet:

Berlin, 11. November 1916.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
Hier.

Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie sich bei in dem Schreiben des Genossen Däumig an den Parteivorstand vom 10. November angeführten Gründe zu eigen machen und die darin enthaltenen Schlussfolgerungen auch für sich verbindlich erachten.

Am Montag, den 13. November erhielten auch diese Genossen ihre Entlassung.

Die Hinausgeworfenen

sind viele Jahre in der Redaktion des „Vorwärts“ tätig gewesen. Stadthagen ist seit 1893 am Blatte

und wurde im Jahr 1905 in erweitertem Maße als Redakteur angestellt. Genosse Ströbel und John sind 16 Jahre, Genosse Leid über 15 1/2 Jahre, Däumig 8 Jahre und Willepp 4 Jahre im „Vorwärts“.

Bor verichlossenen Türen

sahen sich die hinausgeworfenen Redakteure, als sie am Freitag ihre Redaktionszimmer betreten wollten, obwohl sie ihre Sachen noch in den von ihnen besetzt gewesenen Zimmern sich befanden. Es gelang, die Zimmer zu öffnen und Einlaß zu finden.

Die übrig Gebliebenen.

Bei der vom Parteivorstand in der „Vorwärts“-Redaktion vorgenommenen Razzia ist nur noch der Feuilletonredakteur Döschler übrig geblieben, die übrigen Mitglieder der Redaktion stehen im Felde, einer befindet sich in einem Erholungsheim. Döschler ist auch der einzige Redakteur, der Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, damit ihn Richard Fischer bei den Militärbehörden reklamieren, obwohl die Redaktion beschlossen hatte, daß grundsätzlich niemand von den Mitgliedern der „Vorwärts“-Redaktion reklamiert werden sollte; man wolle lieber die Arbeit des Feuilletonredakteurs mit übernehmen, trotz aller starken Belastung.

Die Avantgarde.

Was in Berlin und Umgegend aufzutreiben war an Leuten, die bereit waren, für den Parteivorstand die Leibgarde zu bilden, war am Freitag, den 10. November nach dem Gewerkschaftshause geladen, um die neue Sonderorganisation „Vorwärts“ aus der Taufe zu heben. Zweck soll die Verbreitung des „Vorwärts“ sein in dem Gewande, in das er jetzt gekleidet ist. Dauert der Zustand im „Vorwärts“ an, so dürfte das Blatt, auf das die Berliner Parteigenossen ehemals so stolz waren und mit dem sie sich eins fühlten, bald so in Verzug kommen, daß in späterer Zeit es kaum möglich sein dürfte, für den „Vorwärts“ noch die Genossen in Bewegung zu setzen. In der oben gekennzeichneten Versammlung kam alles zusammen, was in den einzelnen Kreisen nicht mehr „oben auf“ ist. Hier erhielten auch die ihre Posten, die ohnedem nicht leben können. Die Namen der Vorstandsmitglieder, die hier für die Nachwelt verewigt sein sollen, sind folgende:

Eugen Ernst, Otto Wels, Vorsitzende; Hugo Poetsch, Hermann Rieb, Schriftführer; Th. Fischer, Hugo Pattloch, Kassierer; Franz Lucht, H. Schroeder, A. Pohl, A. Klingler, A. Hanisch, G. Umlauf, A. Stiefenhofer-Charlottenburg, A. Müller-Niederhöhenhausen, Frau E. Aynea, Frau A. Matschke, Beisitzer; A. Pagels, G. Felsmann, Fr. Schlemminger-Weißensee, Revisoren.

Ihre Kampfmittel.

In der letzten Ausgabe der „Groß-Berliner Mitteilungen“, die von den Sonderbündlern herausgegeben wird, befindet sich auch die Behauptung, Genosse Ledebour hätte den Beschluß der Verbandversammlung für sich nicht als maßgebend betrachtet. Das ist un wahr. Genosse Ledebour hat deshalb an die Redaktion der Groß-Berliner Mitteilungen folgendes Schreiben gerichtet:

„Unter Berufung auf den § 11 des Pressgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

In der letzten Ausgabe Ihres Blattes wird unter der Ueberschrift „Wie man sich als Führer drückt“, gegen mich die Verdächtigung ausgesprochen, daß ich mich geweigert hätte, den Beschluß der Berliner Verbandsgeneralversammlung in der Vorwärts-Angelegenheit nachzukommen. Diese Behauptung ist absolut un wahr.

Wahr ist vielmehr, daß ich, entsprechend dem Verbandsbeschluß, als mir die Quittung für das November-Abonnement des „Vorwärts“ vorgelegt wurde, die Zahlung verweigert und damit die Weiterbestellung auf den „Vorwärts“ abgelehnt habe.

Berlin, den 13. November 1916.

Georg Ledebour.“

In ähnlicher Weise ist auch der Genosse Volmerzhans verdächtigt worden, obwohl von den Mitgliedern der Preßkommission ausdrücklich gefordert worden ist, sie sollen als Ueberwachungsinstanz das Blatt zur Kontrolle weiter halten und lesen.

Das sind die Kämpen, mit denen man sich herum schlagen muß. Es muß schlecht um eine Sache bestellt sein, die sich stützen will auf Verdächtigung, Lüge und Unwahrheit.

Protest gegen Protest.

Im „Vorwärts“ vom 3. November war ein Protest des Genossen Eugen Ernst gegen die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung veröffentlicht, auf den vom Verband der Wahlvereine eine Antwort erfolgte. Da die Aufnahme dieser Erklärung gegen den Protest von dem neuen Chefredakteur Müller abgelehnt wurde, geben wir für unsere Genossen an dieser Stelle den Wortlaut wieder. Das Schreiben lautet:

B. G.!

„Der „Vorwärts“ vom 3. November bringt einen „Protest“ des Genossen Eugen Ernst gegen die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung vom 29. Oktober. Es wird darin zunächst polemisiert gegen die einstimmig angenommene Resolution Hoffmann-Ledebour, weil sie angeblich formell gegen einen früheren Generalversammlungsbeschluß und materiell gegen das Parteistatut verstoße. Als Grundlage für diese Polemik dient dem Protesterheber die verümmelte und ungenaue Wiedergabe jener Resolution, wie sie in dem Versammlungsbericht vom 31. Oktober den Lesern des „Vorwärts“ an Stelle des Wortlauts der Resolution aufgetischt war. Die Leser können sich aber nur aus dem Wortlaut selbst ein Urteil über Bedeutung und Tragweite jenes Beschlusses bilden. Er lautet:

„Die Generalversammlung erklärt: Daß der Parteivorstand ein Verbot des Vorwärts auf Grund des Belagerungszustandes dazu ausgenutzt hat, um den Vorwärts unter Bruch des Parteistatuts und unter Nichtachtung der Rechte der Berliner Parteigenossen wie der Redakteure völlig in seine Hand zu bringen, kennzeichnet sich als eine parteischädigende und ehrlose Handlung im Sinne des Parteistatuts. Die Generalversammlung richtet deshalb jetzt schon an die Parteigenossen im ganzen Reich die dringende Aufforderung, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß keinem der Teilnehmer und Begünstigten des Vorwärts-Haubes von neuem ein Parteiamt oder ein Reichstags- oder Landtagsmandat oder irgendeine sonstige Ehrenstellung in der Partei übertragen wird.“

Die Einwendungen des Genossen Ernst, daß der Beschluß gegen einen früheren Generalversammlungsbeschluß verstoße, ist deshalb unfällig, weil jede neue Generalversammlung solche Beschlüsse wieder aufheben kann. Die sofortige Erledigung dieses Antrages war aber durch die Umstände geboten. Die Ueberweisung an die Kreise hätte die Sache auf Wochen hinaus verschleppt. Die Resolution war obendrein in einer Vorbesprechung, an der die Vorsitzenden aller acht Kreise teilnahmen, gebilligt worden, und schließlich wurde sie einstimmig angenommen. Angesichts dieser Tatsache fällt der formelle Einwand des Genossen Ernst glatt zu Boden.

Nach der Behauptung Ernsts soll ferner der Beschluß gegen das Parteistatut verstoßen, weil das Parteistatut Parteimitglieder mit verschiedenen Rechten nicht kennt. Dieser Einwand beruht auf einer vollkommenen Entstellung des Sinnes der Resolution. Wie aus dem Wortlaut hervorgeht, konstruiert sie nicht verschiedene Rechte für die Mitglieder, sondern richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, sich des eigenen Rechts, ihre Vertreter nach freiem Ermessen auszuwählen, gewissenhaft zu wahren. Der Ausschluß aus der Partei wegen parteischädigender und ehrloser Handlungen könnte natürlich nur auf dem vorgeschriebenen Weg und deshalb endgültig erst auf dem nächsten Parteitag vorgenommen werden. Was aber die Resolution jetzt schon empfiehlt, ist die Prüfung, ob Parteigenossen, die für irgendeine Parteistellung in Betracht kommen, die erforderlichen Eigenschaften dafür besitzen. Es war aber die einstimmige Ueberzeugung der Verbandsgeneralversammlung, daß Parteigenossen, die an dem Gewaltakt der Vorstandsmehrheit mitschuldig sind oder auf Seiten des Parteivorstandes in den gegenwärtigen Kämpfen stehen, nicht für die Neubesezung eines Parteiamtes empfohlen werden dürften. Sich die Kandidaten für Parteistellungen nach freiem Ermessen auszuwählen, ist ebensowohl das gute Recht der Genossen im Reich und der anderen Genossen im Reich, die auf ihrem Standpunkt stehen, wie es andererseits das gute Recht der Vorstandsanhänger ist, bei der Aufstellung von Parteikandidaten irgendwelcher Art sich gegen oppositionelle Parteigenossen zu entscheiden.

Wie verfährt übrigens der Parteivorstand selber? Er sucht oppositionell gerichtete Genossen, wo er die Macht dazu hat, aus den Parteiamtern zu entfernen, nicht weil sie sich in ihrer Amtstätigkeit irgend etwas zuschulden kommen lassen, sondern weil sie in der Parteibewegung eine dem Parteivorstand unbecome Tätigkeit entfalten haben. So wurde Genosse Haase genötigt, sein Amt als Fraktionsvorsitzender niederzulegen und so wurde der Vorwärts-Redakteur Meier unter Kontraktbruch aus seiner Stellung entfernt. Gegen diese Gewalttätigkeit hätte Eugen Ernst als Hüter des Parteistatuts und der Meinungsfreiheit entrüsteten Protest erheben müssen. Da war ein Protest am Platze. Beide Male aber hat er sich auf die Seite des Parteivorstandes gestellt, wie er auch jetzt wieder die Urheber des Vorwärts-Raubes verteidigt.

Wir können es deshalb nach dieser Aufklärung ruhig den Vorwärts-Lesern überlassen, die Entrüstung des Genossen Ernst über angebliche Statutenwidrigkeiten der Verbandsgeneralversammlung richtig einzuschätzen.

Mit Parteigruß
Der geschäftsführende Ausschuss
J. A.: Richard Herbst.

Auslandsstimmen.

Der „Avanti“ über den „Vorwärts“-Konflikt.
In seiner Nummer vom 20. Oktober verzeichnet der „Avanti“ das Wiedererscheinen des „Vorwärts“

und das Eintreffen der ersten Nummer des Parteiorgans seit dem vom Generalkommando erlassenen Verbot. Der „Avanti“ bespricht ganz kurz die Verhandlungen mit dem Oberkommando, die sich an das Verbot angeschlossen, und den Eingriff des Parteivorstandes, der zur Neugestaltung der Verhältnisse in der Redaktion führte und seine vollständige Veränderung in Charakter und Haltung des Blattes zur Folge hatte, und knüpft daran folgenden Kommentar:

„So ist es denn dem Parteivorstand gelungen, wieder die Hand auf den „Vorwärts“ zu legen und ihn zum Sprachrohr der Scheidemann, Seine usw., das heißt der mehr oder weniger imperialistischen Politik der sozialistischen Mehrheit der Parlamentsfraktion zu machen.“

Wie bekannt, hat die bisherige Redaktion des „Vorwärts“ sich bemüht, den Willen der sozialistischen Massen zum Ausdruck zu bringen, es abgesehen, sich zum Werkzeug jener Elemente zu machen, die diesen Willen verleugneten und mit Verachtung jeden Einfluß der Regierungsorgane auf die Gestaltung des Parteiblattes zurückgewiesen. Außerdem aber hat die Redaktion in den Augen des Parteivorstandes noch die große Schuld auf sich geladen, die in der Arbeitsgemeinschaft organisierte Minderheit nicht mundtot zu machen. Lang und erbittert war der Kampf gegen die Regierung, die vergeblich versuchte, die Redaktion zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Und beinahe ebenso heftig war der Kampf der Redaktion gegen den Parteivorstand, der sich Nachvollkommenheiten anmaßte, die im Widerspruch mit den Beschlüssen der Berliner Sozialdemokratie über die Haltung ihres Blattes standen. Nun aber bietet sich dem Parteivorstand mit einemmale die Gelegenheit, seine Position wieder einzunehmen; er ergreift sie sogleich, paktiert — statt die Haltung der Redakteure zu unterstützen, die sich weigerten unannehmbare und mit der Würde sozialistischer Parteiführer unvereinbare Bedingungen zu akzeptieren — mit der Regierung und interveniert, um das Parteiorgan an sich zu reißen.

Der „Vorwärts“ wird nun nicht mehr dasselbe Blatt sein, das er in den vergangenen Monaten war, das heißt ein Organ, das den Stimmen der Kriegsgegner offen steht und den Protest der sozialistischen Masse zum Ausdruck bringt, sondern wird unter der Kontrolle eines Vertreters des Parteivorstandes zu einem reinen Organ der Mehrheit werden, die das Bündnis mit den herrschenden Klassen respektieren und jede Störung vermeiden will.“

* * *

Die vorstehenden Ausführungen des Zentralorgans der italienischen Partei hatten der Berliner Militärensensur vorgelegen und waren von ihr zur Veröffentlichung zugelassen worden. Allein der jetzt im „Vorwärts“ amtierende Parteivorstandsbüttel, der angeblich der „Objektivität“ zu ihrem Rechte verhelfen und alle Meinungen zu Worte kommen lassen soll, untersagte die Drucklegung der Notiz. Wir müssen sie also auf diesem Wege den Berliner Parteigenossen zur Kenntnis bringen und werden ihr noch manche andere Auslandsstimme folgen lassen.

Vom sozialdemokratischen Kriegerverein.

Wie herrlich weit wir es gebracht haben, beweist ein Rundschreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, aus dem folgender Absatz die Kunde durch die Presse macht. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht daraus folgende Sätze:

„Die Einladung zur Konferenz der Vorstandsvorteiler am 20. November cr. anbei. Bezüglich Punkt 3 der Tagesordnung ist zu bemerken, daß von dritter Seite angeregt wurde, den Kriegsteilnehmern entweder zu empfehlen, in die Kriegervereine einzutreten und diese umzugestalten, oder für sie eine besondere, gleichartige Organisation wie die Kriegervereine zu schaffen. Die Konferenz soll überprüfen,

ob ein geeigneter Weg gegeben ist, die bisherige nachteilige Wirkung der Kriegervereine auf die Arbeiterchaft zu beseitigen."

Im „Vorwärts“ vom 9. November wird folgende Verteidigung der Generalkommission veröffentlicht:

„Die Ueberschrift „Sozialdemokratische Kriegervereine“, die dieser Mitteilung von einzelnen Blättern gegeben wird, ist durchaus unzutreffend. Die in dem Rundschreiben erwähnte „dritte Seite“ wird von Kriegsteilnehmern gebildet, von denen die Organisation ihrer aus dem Felde heimkehrenden Kameraden angeregt worden ist. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Teilnehmer am Weltkrieg nach ihrer Waffenrückkehr in die Heimat auf die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen bedacht sein werden. Sie werden, soweit sie durch den Krieg an Arbeitskraft und Gesundheit geschädigt sind, mit Recht die soziale Fürsorge in weitem Ausmaß für sich in Anspruch nehmen, und sie werden jedem Versuch, sie in ihren politischen Rechten gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zurückzusetzen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Aus dieser selbstverständlichen Gleichheit der Ziele dürfte sich auch die Notwendigkeit einer Verbindung von selbst ergeben.“

Die Kriegervereine in ihrer heutigen Gestalt sind etwas ganz anderes als eine soziale und politische Interessenvertretung der Kriegsteilnehmer. Eine solche müßte erst geschaffen werden, und zwar könnte das nicht von den Gewerkschaften oder von der Partei geschehen, sondern nur von den Kriegsteilnehmern selbst. Aber es ist nur natürlich, daß die Partei wie die Gewerkschaften eine solche Bewegung schon in ihren Anfangsstadien mit lebhaftem Interesse verfolgen. Daran, die Kriegervereine sozialdemokratisch zu machen oder „sozialdemokratische Kriegervereine“ neu zu gründen, hat niemand gedacht.“

Diese Antwort verrentet den Tatbestand nach Akrobatentart, ändert aber nichts an der Sache für den, der lesen und begreifen kann.

Arbeiterbildungsschule.

Dienstag, den 21. November: Fünfter Vortragsabend im Kursus des Genossen Ernst Däumig: „Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung.“ Behandelt wird an diesem Abend: Die Entstehung des Kaufmannskapitals — Die Entstehung der besitzlosen Arbeiterklasse — Manufakturperiode und absolutistischer Staat — Die ersten Utopien der kommunistischen Bewegungen — Die geistigen Emanzipationsbestrebungen des Bürgertums. —

Sonnabend, den 25. November. Fünfter Vortragsabend im Kursus des Genossen Eduard Bernstein: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis zum Ausbruch des Weltkrieges.“ Zur Behandlung kommt das Thema: Die Stellung der Partei in den Parlamenten:

Aufstieg der Vertretung der Partei in den Parlamenten: die Reichstagswahlen von 1893, 1898, 1903, 1907 und 1912. Die Sozialdemokratie in den Landtagen. Die Frage der Budgetbewilligung. (Frankfurt a. M. 1894, Lübeck 1901, Nürnberg 1908, Magdeburg 1910.) Die Sozialdemokratie in den Gemeinden. Die Steuerpolitik der Partei (Jena 1913).

Sonntag, den 26. November beginnt eine vier Abende umfassende Vortragsreihe: Übungen im Musikhören. Vortragender ist Genosse Leo Keitenberg. Erster Vortrag: Sinnliches und seelisches Hören. „Genuß“ und „Ausdruck“ durch Musik. Verständnis durch aktive „Einführung“.

Mit Beispielen am Klavier.

Die Vorträge der Kurse beginnen um 8 1/2 Uhr abends, die Sonntagsvorträge um 8 Uhr. Alle Vorträge finden im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt.

Die Bibliothek der Schule ist außer Sonntags an den Vortragsabenden und Donnerstags abends von 8 Uhr an geöffnet.

* * *

Sonnabend, den 2. Dezember ladet der Bezirks-Bildungs-Ausschuß zu einem unter dem Motto „Der Arbeit Feierstunden“ stehenden Abend ein, der der Kunst und den großen Kulturzeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung gewidmet sein soll. Ein ausgewähltes Programm, bestehend aus Rezitationen, Chorgesang und anderen musikalischen Darbietungen sowie aus einer dem Zweck des Abends entsprechenden Ansprache soll den Berliner Genossen einige Stunden der Erholung und künstlerischen Genießens geben.

Die Veranstaltung findet in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstraße, statt. Der Eintrittspreis ist auf 30 Pfennig festgesetzt; für die Garderobe ist ein Preis von 15 Pfennig vereinbart.

Da wir nur auf diesem Wege die Genossen auf die Veranstaltung aufmerksam machen können, bitten wir, uns durch eine rege Werbetätigkeit zu unterstützen. Die Eintrittskarten sind durch die Organisationen und an Stellen zu haben, die noch näher bezeichnet werden.

Arbeiter-Samariterbund Kolonne Groß-Berlin.

Arbeiter-Samariterbund Kolonne Groß-Berlin.
Am Sonntag, den 19. November sündliche Übung auf dem Bergischen Gelände in Pichelsberge. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr beim alten Freund.

Mittwoch, den 22. November (Bußtag) Mitglieder-versammlung Köpenickerstraße 62. Abends 6 Uhr Vortrag und Geschäftliches.

Am Sonntag, den 26. November (Totensonntag) sehen sämtliche Arbeitersamariter und Samariterinnen auf den Friedhöfen bei etwaigen Unglücksfällen zur ersten Hilfe bereit.

Um das Verbandseigentum.

Von dem früheren Verbandskassierer Böske wurden dem Ende Juni gewählten geschäftsführenden Ausschuß die Kassenbelege vorenthalten für die Zeit vom 1. April rückliegend. Aufgefordert, das dem Verbands gehörige Eigentum zurückzugeben, antwortete Böske, er habe kein Vertrauen zu seinen Nachfolgern, er befürchte, es könnten Unregelmäßigkeiten vorkommen und er habe die Belege an einer bestimmten Stelle deponiert und würde — wie gnädig — seine Nachfolger Einsicht nehmen lassen im Bessein der alten Revisoren. Der Zentralvorstand sah sich deswegen gezwungen, das bürgerliche Gericht anzurufen, um Böske zur Herausgabe des Verbandseigentums zu zwingen. Vor Gericht machte der Anwalt Böskes geltend, letzterer habe die Belege dem Parteivorstand übergeben, dieser wiederum habe die Belege dem Genossen Eugen Ernst übermittelt.

Kläger war Genosse Herbst, der jetzige Verbandskassierer. Aus formalen Gründen wurde Herbst abgewiesen. Es wird eine neue Klage eingereicht werden, welche den formalen Einwänden Rechnung tragen wird.

Die Berliner Parteigenossen werden sich hoffentlich diese Kämpen für die Zukunft merken und sie in „gutem Andenken“ behalten.

Ans den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Neukölln kann in diesen Tagen auf ein 25 jähriges Bestehen zurückblicken. Am 19. November 1891 wurde von einigen Genossen der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ gegründet, dem sofort 133 Mitglieder beitraten. Dieser Verein war der Vorläufer unseres jetzigen Wahlvereins, der im Jahre 1914 17 996 Mitglieder, wovon 13 811 männliche und 4 185 weibliche waren, aufzuweisen hatte. Heute stehen zirka 7000 davon im Felde. Eine eingehende Würdigung werden wir in nächster Zeit bringen, weil uns das Ereignis erst jetzt ins Gedächtnis gerufen wurde. Bei den heutigen Verhältnissen, wo jeder Tag viel anderes bringt, mögen die Genossen dies entschuldigen.

Damit des Tages gedacht wird, soll am Montag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Passage-Festjalen, Bergstraße 150, eine Versammlung stattfinden, in der der Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil den Festvortrag halten wird. Der Neuköllner Männer- und Frauenchor wird einige Lieder vortragen und Genosse Keil einige Gedichte rezitieren. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, diese Versammlung zu besuchen, um aus dem Vergangenen neue Kraft für die Arbeit der Zukunft zu schöpfen.

Lichtenberg. Bei den am 12./13. November stattgefundenen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung wurden unsere Kandidaten wiedergewählt. Es sind dies die Genossen Brühl, Tempel, Becker, Ruffert, Abraham für die 3. Abteilung. Die Genossen Jaffe und Penzner für die 2. Abteilung. Neu ist als Hausbesitzer Genosse Werther hinzugekommen. — Die Wahlen fanden unter dem 1914 abgeschlossenen Burgfrieden-Abkommen statt. Leider war eine sehr schlechte Wahlbeteiligung zu verzeichnen. —

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Fortsetzung unserer Mitgliederversammlung vom 8. 11. am 21. November stattfindet im Lokale zu Tempel.

Unser Lesabend fällt aus, dafür findet am 3. Dez. im gleichen Lokale ein Unterhaltungsabend statt. Wir erwarten für beide Veranstaltungen vollzähliges Erscheinen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 4. November verstarb das Mitglied unseres Wahlvereins, die Genossin

Anna Steinhauer.

Ehre ihrem Andenken!

6. Wahlkreis.

Am Montag, den 13. November, verstarb unser Genosse, der Bierfahrer

August Reier, Hochmeisterstr. 22.

Ehre seinem Andenken!

Am 14. November verstarb unser Genosse

Wilhelm Krümming

Reuterstr. 32, 2. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 2. Oktober fiel im Alter von 39 Jahren der Arbeiter

Paul Zimmer

Görlingerstraße 59, Bezirk 191 I.

Am 23. Oktober fiel im Alter von 33 Jahren der Mechaniker

Rudolf Augst

Liebauerstraße 10, Bezirk 328.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 16. Oktober fiel im Alter von 38 Jahre der Schlosser

Rudolf Güter

Brüsselerstraße 39, 21. Abt., Bezirk 766.

Am 13. Juli fiel im Alter von 33 Jahren der Arbeiter

August Grabert

Bernauerstraße 29, 9. Abt., Bezirk 585.

Am 29. Oktober fiel der 39 jährige Buchbinder

Oskar Fuchs

Butzuserstraße 41, 8. Abt., Bezirk 599.

Am 6. November fiel im Alter von 37 Jahren der Klempner

Willy Leonhardt

Gleimstraße 69, 8. Abt., Bezirk 596.

An seinen im Felde erhaltenen Wunden verstarb im Alter von 33 Jahren der Hausdiener

Robert Müller

Ramlerstraße 20, 8. Abt., Bezirk 595.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Im Felde fiel der Schlosser

Wilhelm Eisenhardt

Hobrechtstr. 61, 1. Bezirk.

Im Lazarett starb an einer Verwundung der Genosse

Paul Heinrich

Kaiser Friedrichstr. 88, 11. Bezirk.

Im Felde fiel der Graveur

Oskar Wahner

Hobrechtstraße 37, 1. Bezirk.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.

An den Folgen seiner Verletzung verstarb der Genosse

Emil Pissari.

(20. Gruppe.)

Desgleichen Genosse

Willi Glaser.

(39. Gruppe.)

Sozialdemokratischer Wahlverein
Lichtenberg.

Ehre ihrem Andenken!